Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614. 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Zentrum 1902. 3248. 3394. 7848. 7308. 7338. 7377. 7592. 7600.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 411. Dienstag, 26. August 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Das politische Testament des Erzherzogs.

Der Abschiedserlaß.

Meldung des Ungar. Tel. Korr.-Bureaus.

Budapest, 24. August.

Erzherzog Joseph hat folgende Proklamation an das Ungarische Volk erlassen:

In den verhängnisvollen Stunden der schwersten Krise übernahm ich auf Aufforderung die Leitung meines geliebten Vaterlandes. Hierzu hat mich bloß das Bewußtsein ermuntert, daß ich vielleicht jenen helfen kann, die mit den innigsten Banden an mein Herz gekettet sind, meinen geliebten Mitbürgern. Es hat mich bloß die Absicht geleitet, sie aus den Leiden heraus zu führen an die Schwelle einer besseren Zukunft. Nun ich sehe, daß unser Vaterland im Aufstieg aus dem Niedergang begriffen ist und die Vorbereitung der Wahlen ohne Hindernis in Gang kommen kann, dergestalt, daß die Nation wirklich auf ihren eigenen Willen ihre Zukunft gründen kann, erachte ich meine Tätigkeit als beendigt und lege die Vermesermacht in die Hände der Nation zurück. Meine Person soll kein Hindernis dafür sein, daß unsere bisherigen Feinde zu unseren Freunden werden und uns mit den zur Entwicklung unseres Volkes notwendigen Mitteln helfen. Ich trete von meinem Vermesserposten zurück, doch bleibe ich im guten wie im bösen auch weiterhin hier und stehe meinem ungarischen Vaterlande zu Diensten, für das ich lebe und sterbe mit unerschütterlicher Treue bis zum letzten Atemzug. Der Gott der Magyaren segne meine geliebte Nation und lasse unser Vaterland aufblühen.

Das Erbe des Reichsverwesers.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 25. August.

Die Ausführungen der französischen Presse lassen erkennen, daß die Anerkennung der Regierung des Erzherzogs Joseph unter einem doppelten Drucke bewegiert worden ist. Auf der einen Seite erklärten die Tschechoslowaken, die Jugoslawen und die Italiener, das Wiederauftauchen eines Habsburgers ließe die Gefahr der Wiederaufrichtung des alten Oesterreich-Ungarn in die Nähe rücken, wozu sie niemals die Hand reichen würden. Auf der anderen Seite verteten die Amerikaner, und vor allem Hoover, entschieden die Auffassung, daß nur eine, ehrliche demokratische Regierung aus allen Parteien den Frieden in Mitteleuropa sichern könne. Beides wirkte zusammen, um den Obersten Rat von der Unmöglichkeit zu überzeugen, mit der Regierung Erzherzogs Josephs in amtliche Beziehungen zu treten.

Der inzwischen eingetretene Erfolg der Rede wird aber von der Pariser Presse ziemlich zurückhaltend besprochen. Der Eindruck scheint der allem vorzuherrschen, daß mit der Beseitigung des Habsburgers die Schwierigkeiten keineswegs überwunden sind, daß namentlich keine Sicherheit darüber besteht, ob sich die ungarischen Sozialisten bereit finden werden, mit den Bürgerlichen zusammenzuarbeiten und so die Vorbedingung für eine tragfähige Regierung zu schaffen. Die sozialistischen Organe, wie der „Populaire", greifen überdies das Verfahren der Verbündeten, sich in die Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen, lebhaft an. Der Oberste Rat der Verbündeten, schreibt das genannte Blatt, scheine es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Regierung Europas in die Hand zu nehmen; man wisse jedoch nicht, woher er die Befugnis dazu herleite. Er trete ganz einfach als Diktator auf und gegen diese Diktatur Stellung zu nehmen, sei Pflicht des Proletariats der ganzen Welt.

*

In der Tat erinnert das Auftreten der Verbandskonferenz ganz an die europäische Politik der heiligen Allianz nach 1815. Wie damals der Deutsche Bund, so krankt heute der Völkerbund an einer von vornherein unzulänglichen Verfassung, während seine siegreichen Siegelbewahrer nach dem Muster Metternichs bei allem Dreinreden in die inneren Verhältnisse der kleineren Staaten Europas, die nach neuen Einrichtungen ringen, über eine Politik der Halbheit und reaktionären Unterinfrieht nicht hinauskommen.

Rumäniens Anspruch auf das Banat.

R. Basel, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Hausbericht teilt „Echo de Paris" mit, daß das Bukarester Kabinett die von der Friedenskonferenz festgesetzte Teilung des Banats zurückgewiesen hat. Das Kabinett beabsichtigt, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen.

Die Anhänger eines Donauzollbundes.

Prag, 25. August. Eine Abordnung der tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken befürwortete beim Finanzminister einen Zollbund der österreichisch-ungarischen Sukzessionsstaaten, da 80 Prozent aller Industrieerzeugnisse ausgeführt würden. Die Zollunion sei eine Existenzfrage unserer gesamten Industrie.

Italiens Bedrängnis — Schuld der Bundesgenossen.

Eigene Drahtmeldung.

to. Lugano, 25. August.

Staatsminister Luzzatti veröffentlicht im „Corriere della Sera" an leitender Stelle einen heftigen Angriff auf England und Frankreich. England, Frankreich und Italien befänden sich in schwieriger finanzieller Lage, jedoch werde sich England daraus retten, während Frankreich und Italien der Katastrophe anheimfallen würden. Was England heute unternehme, sei meuchlerische Ermordung des italienischen Kredits. Italien habe sich aber schon in früheren Geschichtsperioden in großen Finanznöten bis unten und sei seiner Unterschrift immer treu geblieben. Die Verbündeten, die gut daran täten, Italien etwas weniger zu loben und etwas mehr zu achten, würden es erleben, daß Italien auch jetzt unter schwersten Opfern seine Schuld bezahlen werde.

Einer römischen Telegrammung zufolge brachte der Nationalrat der italienischen Volkspartei eine Tagesordnung ein, in der er den Wiederspruch der Partei gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrages bestätigt.

Die italienische Regierung hat nach dem „Corriere della Sera" eine Erhöhung des Brotpreises beschlossen, die in drei Stufen vorgenommen werden soll, da bei den heutigen Getreidepreisen und Schiffsfrachten die staatliche Unterstützung zur Niedrighaltung des Brotpreises im Jahre 1920 die Höhe von 3½ Milliarden Lire erreichen würde. Die bisherige Getreideernte Italiens wird auf 43 Millionen Doppelzentner geschätzt, sie bleibt um 15 Millionen Doppelzentner unter dem Ertrag einer Mittelernte.

* * *

to. Lugano, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Mailänder Nachricht ist die Landesversammlung der sozialistischen Partei Italiens endgültig auf den 2. bis 28. September festgesetzt worden.

Der Beginn der deutschen Kohlenlieferungen.

Bericht über die diplomatische Lage.

Paris, 25. August.

Unter dem Vorsitz von Clemenceau hörte der Oberste Rat verschiedene Berichte über den österreichischen Vertrag an. Der Redaktionsausschuß hat am Sonntag seine Arbeiten beendet und wird heute den endgültigen Text unterbreiten können.

Der Rat nahm ferner eine Darstellung Loucheurs über die Kohlenfrage zur Kenntnis. Der Minister gab bekannt, daß die deutschen Lieferungen eingesetzt hätten, aber er verbarg nicht, daß die gelieferten Mengen hinter den erwarteten zurückblieben.

Ferner behandelte der Rat verschiedene innere Fragen der einzelnen Delegationen, insbesondere der italienischen. Es wurde beschlossen, obwohl Tittoni am 1. September zur Kammereröffnung nach Rom reist, die Sitzungen nicht zu unterbrechen.

Frankreichs eigener Vorteil.

Mahnung eines Franzosen zu Deutschlands Unterstützung.

Versailles, 25. August.

Der Sonderberichterstatter des „Matin" in Deutschland, Jules Sauerwein, zieht das Fazit aus den Unterhaltungen, die er in Weimar mit Ministern und Politikern hatte, und sagt, Frankreich Aufgabe müsse es sein, an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuhelfen, das Milderungen des Friedensvertrages zu erlangen suche. Um dies zu erreichen, werde Deutschland den Nachweis führen, daß es nicht imstande sei, seine Verpflichtungen restlos zu erfüllen. Die Mehrheit in Deutschland glaube, die Ansichts des Amerikaners Hoover, das festländische Europa mache eine Krise durch, aus der es nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Italien herauskommen könne, beruhe auf Wahrheit.

Der Sonderberichterstatter macht alsdann darauf aufmerksam, daß der angelsächsische Verbündete Frankreichs schon Beziehungen mit deutschen Industriellen angeknüpft habe und daraus Vorteile zu ziehen suche. Frankreich, das an der Seite Deutschlands leben müsse, habe die Verpflichtung, dabei auch ein Wort mitzureden, und es müsse seine Aufgabe sein, die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands produktiv zu gestalten und für die Festigung der demokratischen Regierung Sorge zu tragen. Jedes Ministerium in Deutschland müsse unterstützt werden, das durch die Tat beweise, daß es seine Absicht sei, die militaristischen Bestrebungen und den Revanchegedanken zu bekämpfen, und die ehrliche Absicht zeige, die Frankreich schuldige Wiedergutmachung an die Spitze seines Programms zu setzen. Um zu diesem Ziel zu gelangen, müsse Frankreich als diplomatische Vertreter fähige, der Sprache und des Landes kundige Leute nach Deutschland senden.

Die Reform des auswärtigen Dienstes.

Der neue Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten tritt Dienstag vormittag zum ersten Male im Auswärtigen Amte zusammen. In Abwesenheit Scheidemanns wird der Abgeordnete Haußmann den Vorsitz führen; weitere Sitzungen sind vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments nicht vorgesehen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

Die deutsche Gesandtschaft im Baltikum.

Die Nachricht, daß der jetzige Gesandte der deutschen Republik bei den Regierungen Lettlands und Estlands, Winnig, von dieser Stellung zurücktritt, wird uns von zuständiger Stelle bestätigt. Dagegen wird Herr Winnig seine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar für Ost- und Westpreußen und als kommissarischer Oberpräsident der Provinz Ostpreußen weiter ausüben.

Sein Nachfolger als Gesandter wird, wie wir erfahren, in kürzester Zeit ernannt werden.

Kiew von Petljura genommen

Bern, 26. August. Nach hier vorliegenden englischen Meldungen hat General Petljura Kiew eingenommen.

Die deutschen Beschwerden gegen Polen.

Die Feststellungen vor der Verbandskommission.

Drahtmeldung.

Breslau, 25. August.

Der Pressedienst des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien teilt mit:

Zu Breslauer Landeshause fand am Montag mittag eine informatorische Besprechung der zum Reichs- und Staatskommissar Hörsing entsandten Entente-Militärkommission mit den Vorständen der schlesischen provinziellen Behörden statt, zu der Vertreter der oberschlesischen Behörden und der Industrie sowie die Führer sämtlicher oberschlesischen Gewerkschaften geladen waren.

Oberpräsident Philipp begrüßte die unter Führung des englischen Oberstleutnants Tidburn stehende Kommission; er sprach die Hoffnung aus, daß ihre Informationsreise durch das Aufstandsgebiet dazu führen werde, die Entente von der Haltlosigkeit der von polnischer Seite gegen die deutsche Regierung und das deutsche Militär erhobenen Anschuldigungen zu überzeugen und die wahren Triebkräfte der bedauerlichen Vorgänge in Oberschlesien feststellen. Er bedauerte, daß trotz seiner Aufforderung an Korfanty ihm die Aerzten polnischer Vertrauensleute zur Teilnahme an dieser Sitzung nicht angegeben werden seien.

Zunächst entwarf der Reichs- und Staatskommissar in längerer Rede ein Bild von den politischen Verhältnissen in Oberschlesien und ihrer Entwicklung seit den ersten Monaten des laufenden Jahres. Er wies an der Hand amtlichen Materials den inneren Zusammenhang der sportarkistischen und nationalpolnischen Bewegung nach, schilderte das Zusammenarbeiten beider Organisationen und ihr Bestreben, die oberschlesische Arbeiterschaft durch maßlose Verhetzung ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen.

Generalstabschef Major Hesterberg erörterte die militärische Lage und belonte die Mitwirkung regulärer polnischer Truppen an der Aufstandsbewegung. Der Kommissar der Militärpolizei Hornig stellte Material zur Verfügung, aus dem die geheime Arbeit der großpolnischen Propaganda und die umfassende Vorbereitung des Aufstandes durch die Polen klar hervorgeht. Die Ausführungen der behördlichen Stellen wurden durch alle weiteren Redner der oberschlesischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft im einzelnen vollinhaltlich bestätigt.

Oberstleutnant Tidburn dankte namens der Kommission für die Informationen, erbat sich weiteres Material und sicherte völlig objektive Prüfung des deutschen Standpunktes und des deutschen Materials zu.

Die Abordnung begibt sich am Dienstag früh zunächst nach Gleiwitz.

Der Ursprung des Aufruhrs.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Do. Gleiwitz, 25. August.

Von maßgebender Stelle erhielt ich heute Auskünfte über die Entstehung der oberschlesischen Unruhen, die uns bemerkenswerter sind, als darüber bisher viel Phantastisches berichtet wurde.

Der großpolnische Gedanke ist in Oberschlesien erst vom Januar d. J. ab angesäht worden. Die Agitation entstand in dem Lande selbst mit dem Einverständnis Warschaus. Daß die polnische Regierung an den Polonisierungsversuchen in Oberschlesien beteiligt war, geht aus zahlreichen Dokumenten hervor. Auch heute wird, abgesehen von allen anderen unzweifelhaften Zeichen, die Herkunft der Hintermänner dadurch bewiesen, daß die Gefangenen, die in polnische Hände gefallen sind, und die Personen aus den umstrittenen Grenzgebieten, die bei den Polen für deutschfreundlich gelten, nach Krakau gebracht werden. Als am 7. Juni der Rosenberger Putsch in Szene gesetzt wurde, war auf polnischer Seite — und offensichtlich ohne Mitwisse der Spartakisten — alles zu einem großen Staatsstreich vorbereitet. Das im Mai gegründete Komitee Polski Organizacja Wojenna, dessen Hauptsitz sich heute nach in Schwarzwasser auf mährischem Boden, einige Kilometer von der oberschlesischen Grenze, befindet, hat die gesamte Organisation in der Hand. Es sind Belege dafür vorhanden, daß Waffenankäufe im großen stattfanden. Für Maschinengewehre wurden 500 ℳ, für Gewehre 80 ℳ bezahlt. Diese Waffen wurden zuerst vergraben. Hand in Hand mit diesen Rüstungen ging eine außerordentliche Bearbeitung von Haus zu Haus durch Flugblätter, Anschläge und, was der Bewegung eine eigene Note gibt, durch die Geistlichkeit. Gelegentlich der Wahlen zwang man Leute von einer Beteiligung Abstand zu nehmen. Man sammelte außerordentlich rührig Gelder zu politischen Agitationszwecken. Die polnischen Militär- und Zivilkommandanten für die Einzelabschnitte waren bereits genau bestimmt. Ihre Namen und eine Anzahl die polnischen Amtsstellen schwer belastender Schriftstücke und Befehle befinden sich in den Archiven der deutschen Militärbehörden. Man gewährte mir Einblick in einige Dokumente, in denen Einfalls- und Ueberfallspläne festgelegt, Ort und Stunde und Täter bestimmt waren, und konnte mir die zweisprachig abgefaßten, roten Anschläge vorlesen, die im ganzen Gebiet planmäßig zur Verteilung gelangt waren und welche die Verführung der polnischen Republikanhielten. Polnische Flaggen mit dem weißen Adler auf rotem Grunde waren in großer Zahl verschickt und Paketsendungen mit polnischen Adlern als kenntlichen Kennzeichnung der neuen polnischen Dienststellen massenhaft zur Versendung gelangt.

Der Wachsamkeit der deutschen Behörden und nicht zuletzt der Tätigkeit des Reichs- und Staatskommissars Hörsing, die allgemein Anerkennung findet, gelang es, dem Putsch vorzubeugen. Von besonderer Wichtigkeit ist die amtliche Erklärung, daß die Spartakisten und Unabhängigen mit den polnischen Führern nicht Hand in Hand arbeiteten. Die Polen hatten in ihren Ansichtsen gegen die Spartakisten bereits Stellung genommen, und jetzteres dieser Elemente besteht keinerlei Neigung, die sirengere polnische Herrschaft mit der deutschen zu vertauschen. Wohl aber waren Spartakisten und Unabhängige eifrig am Werke, um eine Streiks zu inszenieren, die als Lohnstreiks vorgespiegelt waren, aber selbstverständlich politisch ausarteten. Hierdurch arbeiteten sie ungewollt den Polen in die Hand.

Mithin kommen die Unruhen an der Grenze lediglich auf das Konto der Polen, die Grubenstreiks jedoch auf das der Kommunisten.

Notwendigkeiten.

Die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen.

Von

Carl Gollnick.

Die Unruhen in Oberschlesien haben eine Fülle gegenseitiger Beschuldigungen in der deutschen wie in der polnischen Presse hervorgerufen, wobei die polnische Presse in ihrer ganzen Kampfesart und durch ihre Gesäßfeindlichkeit entsprechenden Gruppen der deutschen Presse um ein ganz bedeutendes Stück voraus ist. Auf beiden Seiten ist jedoch die Presse keineswegs ein Spiegelbild der Regierungsmeinungen, und wenn der polnische Minister Dr. Wroblewski zu dem Mitarbeiter eines Berliner Blattes sagte: „Ich habe den Eindruck, daß nicht nur auf unserer, sondern auch auf deutscher Seite der Wunsch besteht, die oberschlesische Frage auf gütliche Weise zu lösen", so entspricht das den Tatsachen trotz der Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen. Es ist verfehlt, die polnische Regierung ohne weiteres störender und gegenwirkender Einrichte in Oberschlesien zu beschuldigen. Der Urheberin der Unreien ist nicht in der polnischen Regierung, sondern in den chauvinistischen polnischen Parteien zu suchen, die der Regierungspolitik vielleicht unbequem sind. Durch den Friedensvertrag haben trotz des Widerspruches der polnischen Presse die Polen mehr erreicht, als sie ursprünglich erhoffen konnten. Die polnische Regierung hat augenblicklich keinen Grund, neuen Unfreiden anzuzetteln und sich möglicherweise dadurch die Stimmung in diesem oder jenem Ententestaat zu verderben. Sie hat feststellen müssen, daß es nicht ratsam ist, den Bogen zu überspannen.

Das Hauptziel der polnischen Regierung ist, mit den Westmächten in eine gute und dauernde Verbindung zu gelangen. Demnach kommt sie nicht an der Tatsache vorbei, daß Polen Deutschland benachbart ist und daß beide Staaten eine lange Grenze gemeinsam haben. Polen wird ein landwirtschaftliches Ausfuhrland sein, zumal bei steigender Erzeugungsfähigkeit der polnischen Landwirtschaft. Dagegen wird es seinen Bedarf an Industrieprodukten nicht aus eigenen Mitteln decken können. Das gilt vor allem für die chemische, die Veredelungs- und die Metallindustrie. Schon hat die deutsche Einfuhr nach Polen mit der Oeffnung deutsch-polnischer Grenzstationen eingesetzt, und es zeigt sich, daß die Verhältnisse stärker sind als die politischen Ideen der polnischen Nationaldemokratie. Selbst ein so scharf deutschfeindliches Blatt wie der „Kurjer Warszawski" muß zugeben, daß für Polen zurzeit nur die Einfuhr aus Deutschland in Frage kommt. Das Blatt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das befreundete Frankreich selbst stark einfuhrbedürftig und deshalb kaum in der Lage sei, Waren nach Polen auszuführen. Außerdem aber seien die Entente-Valuten für Polen zu teuer, daß die Einfuhr sehr unwirtschaftlich werde. Bedauernd stellt das Blatt fest, daß auch die deutsche Mark in den letzten Wochen in Polen sehr teuer geworden ist, und daß nach Mitteilungen, sie zur einen erträglichen Stand zurückzuführen.

Aber auch andere Anzeichen gibt es, daß die wirtschaftliche Einsicht den führenden Politikern das Gesetz des Handelns vorzuschreiben hat. Nach dem „Nachrichtendienst für Deutsche Auslandsinteressen" vom 23. August soll das polnische Unterstaatssekretariat in Posen an verschiedene deutsche Vereinigungen mit dem Ersuchen herangetreten sein, Ingenieuren und Technikern auf der Zahl der deutschen Abwanderungsschwierigen die Niederlassung in Polen zu empfehlen. Tatsache ist, daß die Industrie zur ihrem Wiederaufbau eine große Anzahl technisch geschulten Personals benötigt, und daß Kräfte am Werke sind, durch die Gewinnung der Mitwirke deutscher Technike in Polen eine wirtschaftliche Annäherung zwischen beiden Ländern vorzubereiten.

Aber nicht wirtschaftliche Bedürfnisse allein verweisen die polnische Regierung auf Deutschland. Auch sind die Grenzen Polens nach allen Seiten hin flüssig. Am wenigsten ist das nach Deutschland hin der Fall, nachdem von uns bereits der Versailler Frieden ratifiziert worden ist. Die polnische Regierung ist sich wohl darüber klar, daß sie um die Erledigung der Grenzfonflikte im ganzen Osten nach schwer zu ringen haben wird, eine Vorbedingung, um erfolgreich an das Werk der inneren staatlichen Festigung herantreten zu können. Polen sieht erst am Anfang seiner sozialen Kämpfe; die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens und die Fundierung der Staatsfinanzen werden seine Kräfte stark in Anspruch nehmen. Es hat also ein Interesse daran, nicht durch gesuchte, an sich leicht zu vermeidende Konflikte seine innere Lage noch mehr zu verwirren. Wenn Polen ursprünglich gehofft hat, durch eine französisch-polnisch-tschechische Einkreisungspolitik Deutschland völlig auszuschalten, so hat es sich herausgestellt, daß der Durchführung eines solchen Planes in diesem ganzen Dreieck bedeutende Schwierigkeiten und sogar Widerstände entgegenstehen.

Nun werden nationale Sympathien und Antipathien in dem Verhältnis zwischen Staaten immer eine Rolle spielen. Sie dürfen aber niemals richtungsgebend sein, zumal nicht bei der Lage, in welcher wir uns noch dem verlorenen Kriege befinden. Soll der Wiederaufbau Deutschlands gelingen, so gehört dazu, daß wir das Verhältnis zu unserem östlichen Nachbar auf die wirtschaftlichen